

Geschlecht, Karriere und Politik als Beruf: „Informelle“ Teilzeitarbeit von leitenden BeamtInnen mit politischem Mandat

Teilzeitarbeit ist diskursiv geschlechtlich konnotiert. Sie gilt als reduzierte Arbeitsform für Frauen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Arbeitsplätze hingegen, die mit Geld, Macht, Karriere und Prestige versehen sind, gelten als mit Teilzeitarbeit grundsätzlich unvereinbar. Anders verläuft die Debatte, wenn Beruf und Beruf (Karriere) vereinbart werden sollen, wie das Beispiel der öffentlich Bediensteten mit parlamentarischem Mandat zeigt. Diese Gruppe arbeitet de facto selbst in leitenden Positionen Teilzeit, allerdings wird diese Arbeitszeitregelung weder als Teilzeit bezeichnet noch öffentlich als solche wahrgenommen. Sie ist vielmehr eine informelle Teilzeitarbeitsform, die im Kontext von Geld und nicht im Kontext von Zeit diskutiert wird. An Hand der parlamentarischen Reden zur Teilzeit im öffentlichen Dienst (1984) und zur Regelung der Vereinbarkeit von politischem Mandat mit einer Tätigkeit im öffentlichen Dienst (1983 und 1996) analysieren wir konträre Argumentationslinien, die Thematisierung bzw. De-Thematisierung von Geschlecht sowie deren Bedeutung für die diskursive Herstellung von Geschlechterdifferenzen.

1. Einleitung

Bereits seit den 1980er Jahren problematisieren sozialwissenschaftliche Geschlechterforscherinnen und Gleichstellungspolitikern Teilzeitarbeit als hoch ambivalente Strategie für Frauen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Kritisiert werden mangelnde Existenzsicherung, fehlendes Prestige und die geschlechterhierarchisierende vertikale und horizontale Arbeitsmarktsegregation (Jurczyk/Kudera 1991; Kurz-Scherf 1993, 1995; Floßmann/Hauder 1998; Altendorfer 1999; Tálos 1999). In wohlfahrtsstaatlichen Arbeiten wird kritisch hervorgehoben, dass Ideologie und Praxis von Teilzeitarbeit, die als „Zuverdienst“ von Ehefrauen und Müttern zum männlichen Familieneinkommen konstruiert werden, das *male-breadwinner*-Modell (Sainsbury 1999) selbst dann noch stützen, wenn dieses angesichts hoher struktureller Erwerbslosigkeit und der Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse bereits erodiert ist. Als frauenpolitisch intendiertes In-

strument wird schließlich Teilzeitarbeit als verkürzte „Bedürfnisinterpretation“ (Fraser 1994) identifiziert: Die Arbeitszeitreduktion von Frauen wird als Vereinbarung von Familie und Beruf, nicht aber von Familie und Karriere gedacht und realisiert.

Aus der Sicht von PolitikerInnen, Führungskräften und SozialwissenschaftlerInnen verlangen hochqualifizierte Funktionen und leitende Positionen, d.h. Arbeitsplätze, die mit Macht, Geld und gesellschaftlichem Ansehen ausgestattet sind, ungeteilten Einsatz, Anwesenheit und Loyalität. Leitbilder von Führung enthalten die Prämisse der „Rund-um-die-Uhr-Verfügbarkeit“ im Sinne eines weit über die Normalarbeitszeit hinausgehenden zeitlichen Engagements (Burla et al. 1994; Kieser et al. 1995).

Demgegenüber gibt es aber empirische Evidenzen dafür, dass Leitungsfunktionen im Rahmen verkürzter Arbeitszeit wahrgenommen werden können. Ein Beispiel sind öffentlich Bedienstete, die in Österreich zur Ausübung eines politischen Mandates (Nationalrat, Bun-